Stadt Cottbus / město Chosebuz Der Oberbürgermeister

mit Veränderungen (siehe Niederschrift)



Vorlagen-Nr.			
StVV	II-010/14		
НА			

Geschäftsbereich: Fachberei	ch: 37	Termin der Tagung:	26.11.2014			
Vorlage zur Entscheidung						
durch den Hauptausschuss						
durch die Stadtverordnetenversam	nichtöffentlich					
Beratungsfolge:	Datum		Datum			
□ Dienstberatung Rathausspitze	14.10.2014	Umwelt				
☐ Haushalt und Finanzen	18.11.2014		19.11.2014			
Recht, Sicherheit, Ordnung u. Petitionen	13.11.2014		26.11.2014			
Soziales, Gleichstellung u. Rechte der Minderheiten		Beteiligung Ortsbeiräte nach KVerf				
☐ Bildung, Schule, Sport u. Kultur		☐ Information an AG Ortsteile				
☐ Wirtschaft, Bau und Verkehr		☐ JHA				
Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge die "Satzung über die Erhebung von Kostenersatz für Leistungen der Feuerwehr der Stadt Cottbus (Feuerwehrsatzung) mit Kostenersatztarif ab 01.01.2015" beschließen.						
		In Vertretung				
Frank Szymanski		Holger Kelch				
		Bürgermeister				
Beratungsergebnis des HA/der StVV:		Beschluss-Nr.:				
einstimmig mit Stimmer	nmehrheit	Tagung am: TOF):			
		Anzahl der Ja -Stimmen:	-			
☐ laut Beschlussvorschlag		Anzahl der Nein- Stimmen:				

Anzahl der **Stimmenthaltungen**:

Vorlagen-Nr.: II-010/14

Problembeschreibung/Begründung:

Im Brand- und Katastrophenschutzgesetz des Landes Brandenburg wird den Trägern des Brandschutzes die Vorhaltung einer, den örtlichen Verhältnissen entsprechenden, leistungsfähigen Feuerwehr, als Pflichtaufgabe nach Weisung übertragen. Dabei hat die Stadt Cottbus alle vorbeugenden und abwehrenden Maßnahmen in einem integrierten Hilfeleistungssystem

- 1. bei Brandgefahren (Brandschutz),
- 2. bei anderen Gefahren in Not- und Unglücksfällen (Hilfeleistung) und
- 3. bei Großschadensereignissen und Katastrophen zu gewährleisten.

In diesem Rahmen ist für Einsätze der Feuerwehr der Stadt Cottbus kein Kostenersatz zu erheben.

Ausnahmen von der Gebührenfreiheit sieht der Gesetzgeber allerdings im Brandenburgischen Brandund Katastrophenschutzgesetz (BbgBKG) vor.

In den, im § 45 Abs. 1 bestimmten Fällen, können die Kosten für den Einsatz der Feuerwehr dem Verursacher/Eigentümer bzw. Halter in Rechnung gestellt werden.

Dies ist u.a. dann der Fall, wenn:

- die Gefahr vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt wurde.
- die Gefahr beim Betrieb von Kraft-, Schienen-, Luft- oder Wasserfahrzeugen entstanden ist.
- die Gefahr oder der Schaden durch brennbare Flüssigkeiten oder durch besonders feuergefährliche Stoffe oder gefährliche Güter entstanden ist.
- ein Veranstalter verantwortlich ist eine Brandsicherheitswache/ Brandwache zu stellen.
- ein Tier geborgen oder gerettet worden ist.
- Wasser aus einem Gebäude entfernt wurde.
- wider besseres Wissens oder in grob fahrlässiger Unkenntnis der Tatsachen die Feuerwehr oder andere Hilfsorganisationen alarmiert wurden.
- eine Brandmeldeanlage einen Fehlalarm ausgelöst hat.

Ferner wurde die aktuelle Rechtsprechung in der vorgelegten Feuerwehrsatzung berücksichtigt. Insbesondere die Urteile des OVG Berlin-Brandenburg und des VG Potsdam geben auf, die Kalkulation des Kostenersatzes minutengenau abzurechnen.

Nach einer Würdigung der rechtlichen Situation zu Möglichkeiten über die Erhebung von Kostenersatz für Feuerwehreinsätze wird mit dieser angepassten Feuerwehrsatzung Rechtskonformität erreicht.

<u>1.</u>	Haushaltsmäßige A	uswirkungen auf den Ergebnis-/Finanzhaushalt:⊠ Ja	☐ Nein
	Ergebnishaushalt:	012 126 010	
	Erträge:	Einnahmen aus Kostenersatz: 45.200,00 €	
	Aufwand:	ansatzfähige Kosten: 9.029.978,83 €	
	Finanzhaushalt:	012 126 010	
	Einzahlungen:	101.000,00 €	
	Auszahlungen:	7.674.568,72 €	
<u>2.</u>	Deckung der Aufwe	ndungen/Auszahlungen:	
	Ergebnishaushalt:		
	Erträge:		
	Aufwand:		
	Finanzhaushalt:		
	Einzahlungen:		
	Auszahlungen:		
<u>3.</u>	Folgekosten:		
	keine		